

Bericht

der Landesregierung

Entwicklungstendenzen bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg im kommunalen Raum - lokale Netzwerke und Initiativen

Gliederung	Seite
1 Einführung	2
2 Lokale Netzwerke	3
2.1 Zur Auswahl	3
2.2 Beispiele	3
2.3 Zusammenfassung	17
3 Lokale Initiativen	18
3.1 Zur Auswahl	18
3.2 Beispiele	18
3.3 Zusammenfassung	24
4 Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	25
4.1 Vorgeschichte	25
4.2 Benennungen und regionale Verteilung	26
4.3 Aufgaben der Koordinatoren	26
4.4 Regionalkonferenzen	27
4.5 Beispiele für Projekte, Zusammenarbeit und Vernetzung der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	29
4.6 Zusammenfassung	31
5 Ausblick	32

1 Einführung

Als im Juni 1998 das Handlungskonzept der Landesregierung "Für ein tolerantes Brandenburg – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" vom Kabinett beschlossen wurde, standen bereits an vorderer Stelle des Konzepts die "Entwicklung und Unterstützung von lokalen demokratischen Strukturen und der kommunalen Öffentlichkeit". Ohne sich in die Zuständigkeit der Kommunen einmischen zu wollen, schlug die Landesregierung unter diesem Maßnahmenbündel zwei Projekte zur Unterstützung der kommunalen Öffentlichkeit vor. Zum einen sollte "ein von der örtlichen Ebene abrufbares Beratungsangebot zur Verfügung" gestellt werden - diese Maßnahme ist inzwischen als Mobiles Beratungsteam im ganzen Land bekannt. Eine zweite Projektinitiative sollte die Integration von Spätaussiedlern und anderen dauerhaft bleibeberechtigten Zuwanderern begleiten – diese Einrichtung hat sich unter dem Namen EKIS (Entwicklung kommunaler Integrationsstrukturen für Zuwanderer) etabliert.

In der gegenwärtigen Phase der Umsetzung des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" soll die Frage gestellt werden, wie weit es bisher gelungen ist, die im Handlungskonzept der Landesregierung enthaltenen Ansätze auf eine breite kommunale Basis zu stellen. In den letzten Jahren sind zahlreiche lokale Bündnisse, Initiativen und Aktivitäten von Privatpersonen oder Gruppen über Organisations- und Vereinsgrenzen und über Zuständigkeiten hinweg entstanden. Die vorliegende Darstellung von Beispielen soll ein erster Überblick sein. Erfasst werden sollte eine Auswahl der für die Umsetzung des Handlungskonzepts wichtigen lokalen Initiativen und Netzwerke gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für ein tolerantes Miteinander-Leben im Land Brandenburg. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass der Bericht überwiegend Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung zum Inhalt hat. Er soll daher in erster Linie der Information dienen.

Ausgewählt wurden Initiativen, die eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung der lokalen Öffentlichkeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit spielen und die voraussichtlich länger Bestand haben werden. Dabei wurde erkennbar, dass es neben vielen Initiativen, die anlassbezogen auf örtlicher Ebene entstanden sind, das ausgeprägte Streben nach Vernetzung und Kooperation gibt, das zu örtlichen, kreis- oder landesweiten Netzwerken geführt hat. Diese beiden Tendenzen liegen der Gliederung dieses Berichts zugrunde. Für die Auswahl war entscheidend, ob die Initiative sich gegen gewalttätige, rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen einsetzt, ob sie breitere Teile der Bevölkerung einbezieht, ob sie ihre Mitglieder und die lokale Öffentlichkeit informiert, aktiviert, fortbildet, unterstützt und berät und ob sie Öffentlichkeitsarbeit zum Thema macht.

Die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in den Kommunen wird weiterhin der Schwerpunkt bei der Umsetzung des Handlungskonzepts sein. Die hier dargestellten unterschiedlichen Ansätze, Ziele, Aufgaben und Strukturen von lokalen Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit können für diejenigen Kommunen, in denen sich noch Initiativen bilden werden, eine Anregung und ein Angebot für Erfahrungsaustausch oder künftige Zusammenarbeit sein.

An dieser Stelle soll allen, die sich kurzfristig mit Zuarbeiten am Zustandekommen

dieses Berichts beteiligt haben, gedankt werden.

2 Lokale Netzwerke

2.1 Zur Auswahl

Lokale Netzwerke entstehen, wenn zur Erreichung eines gemeinsam definierten Ziels Vertreter von Vereinen, Organisationen, Institutionen, freien Trägern, Parteien, Behörden und Einzelpersonlichkeiten zusammenarbeiten. Die Grundsätze der gemeinsamen Arbeit sind schriftlich niedergelegt und beschreiben Ziele, Aufgaben, Struktur, Mitgliedschaft und Art und Weise des Umgangs. Die Reichweite eines lokalen Netzwerks kann nicht nur örtlich oder überörtlich, sondern auch kreisweit sein. Andere Benennungen sind Plattform, Aktionsbündnis, Runder Tisch, Bündnis oder Arbeitsgruppe.

Im Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" wird die Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf der kommunalen Ebene als wichtigstes Anliegen formuliert, und es werden Unterstützungs- und Beratungssysteme für die Vernetzung auf der kommunalen Ebene angeboten. Mit Bezug auf das Handlungskonzept und mit Unterstützung der Ausländerbeauftragten, des Mobilien Beratungsteams, des Beratungsnetzwerks gegen Gewalt an Schulen und der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. haben sich seit dem Jahr 1998 lokale Netzwerke in größerer Zahl gebildet.

Ein Sonderfall von Netzwerken sind die Kommissionen kommunaler Kriminalitätsverhütung (KKV). Sie wurden mit Erlass des Ministeriums des Innern (MI) im Jahr 1992 angeregt und mit Erlass des MI im Jahr 1995 qualitativ wie quantitativ erweitert und institutionalisiert. Die lokale Einrichtung erfolgte durch die zuständigen Polizeibehörden. In örtlichen KKV-Kommissionen werden Schwerpunktthemen nach erkannten Sicherheitsproblemen bestimmt. Grundsätzlich liegt die Federführung in kommunaler Hand. Durch die Kommissionen können zur Erhöhung der Sicherheit örtliche Maßnahmen initiiert, Projekte entworfen sowie Lösungswege aufgezeigt werden. Die Umsetzung dazu erfolgt dann nicht durch die KKV-Kommissionen, sondern durch den jeweils sachlich zuständigen Bereich oder auch durch private Akteure. Eine Konzentration auf Probleme der Jugendkriminalität und Jugendarbeit, in einigen Fällen mit der besonderen Spezifik von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, erfolgt in verschiedenen KKV-Kommissionen. Dort, wo im kommunalen Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als sicherheitsrelevantes Problem erkannt wurden, beteiligten sich die KKV-Kommissionen an lokalen Netzwerken und Initiativen, die in den folgenden Beispielen aus den Landkreisen beschrieben werden.

2.2 Beispiele

Barnim

- Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde – gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Anfang des Jahres 1998 entschlossen sich Studenten des Studienganges Landschaftsnutzung und Naturschutz der Fachhochschule Eberswalde, dass man gegen

das Gefühl von Bedrückung und Angst, hervorgerufen durch Präsenz, Auftreten und gewaltsame Übergriffe neofaschistischer und fremdenfeindlicher Jugendlicher, in der Öffentlichkeit eigene Aktivität setzen muss. Mithilfe der Polizeipräsidentin, der Ausländerbeauftragten des Landkreises, einer alternativen Jugendgruppe der Kirche, der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. und von lokalen Gruppierungen wurde die erste "Aktionswoche gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit" an der Fachhochschule veranstaltet (25.-28.05.1998). Der außerordentliche Erfolg dieser Veranstaltung und die damit verbundene Aufbruchsstimmung führten dazu, dass sich am 02.07.1998 rund 25 Bürger der Stadt trafen, unter ihnen Professoren und Studenten der Fachhochschule, Lehrer, Sozialarbeiter, Abgeordnete und Vertreter der Polizei, um ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus zu gründen. Insofern war das Netzwerk eine demokratische Gründung "von unten".

Die Mitwirkenden des Netzwerkes wollen selbst ein Beispiel für Zivilcourage und Bürgerverantwortung geben und dazu beitragen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger für Weltoffenheit und Toleranz eintreten.

Herkömmliche Strukturen schienen den Mitgliedern für ein so breites Bündnis unterschiedlicher Menschen, Organisationen und Verwaltungsebenen ungeeignet. Das Netzwerk sollte als ein informelles Bündnis offen bleiben für jedermann und kein geschlossener Verein werden, deshalb einigte man sich auf das Verfahren: Wer kommt, ist Mitglied und entscheidet mit. Ca. 60 Bürger haben sich zusammen gefunden, 10 – 20 davon kommen regelmäßig. Es gibt keine festen Mitglieder, sondern Mitwirkende und Interessenten.

Es entwickelte sich eine kleine Kerngruppe für die organisatorischen Dinge, daneben wurden Arbeitsgruppen zu den Themen "Zivilcourage", "Auseinandersetzung mit rechten Ideologien", "Argumente gegen Rechts" und "Gewalt an Bildungseinrichtungen" gebildet. Bei aktuellen Anlässen finden sich zusätzlich zeitlich befristete Projektgruppen zusammen.

Mitwirkende und Interessenten am Netzwerk kommen aus der Fachhochschule (Rektor, Professoren, Mitarbeiter, Studenten, ASTA, Verein "Horizonte"), den örtlichen Schulen (Schulleiter, Lehrer, Schüler), dem Landkreis Barnim, der Stadt Eberswalde (STVV, Mitarbeiter), dem Polizeipräsidium (Präsidentin, Schutzbereichsleiter, Mitarbeiter), den Parteien (PDS, Bündnisgrüne), lokalen Initiativen (In- und AusländerInnenkreis, Buntes Plenum, ADE-BAR-UM, Afrikanischer Kulturverein "Palanca e.V.", Kulturbund e.V., Gedenkstätte "Eisenspalterei", Antonio-Amadeu-Stiftung, Zentrum "Demokratische Kultur", Lokale Agenda 21 Eberswalde), dem DGB, dem evangelischen Kirchenkreis Barnim und dem DRK. Regelmäßiger Kontakt zum Landkreis besteht über die Ausländerbeauftragte und den Koordinator des Landkreises gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Die Treffen des Netzwerkes dienen vor allem einem konzentrierten Informationsaustausch, der Koordination und Bündelung von Vorhaben und der Beratung. Ziel ist es, die einzelnen Aktivitäten im Verbund zu stärken. In den drei Jahren seines Bestehens hat sich das Netzwerk weniger als Bündnis für Aktionen entwickelt, sondern die gegenseitige Information und Beratung haben sich als wichtigstes gemeinsames Anliegen herausgestellt.

Das Netzwerk organisierte Demonstrationen, Diskussionsveranstaltungen oder Aktionen wie die "Aktion Zivilcourage". An der Postkarten- und Plakataktion "Grüne Karte - 10 Punkte für Zivilcourage", die bereits von anderen Städten (u.a. Potsdam) übernommen wurde, und an der Aktion "Rote Karte gegen Hass-Schmierereien" war die Polizei aktiv beteiligt.

Es ist bisher nicht gelungen, größere Gruppen der Bevölkerung für die Teilnahme an Demonstrationen zu aktivieren. Bei Veranstaltungen wie Vorträgen oder Aktionswochen ist der Zuspruch besser.

Als derzeitige Ziele werden vom Netzwerk genannt:

Informationsaustausch und gegenseitige Ermutigung zum Handeln, Einflussnahme auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozess, Kooperation der Teilnehmer nach Bedarf und Interessenlage und Gewaltfreiheit als Merkmal des Handelns.

Das wichtigste Ergebnis der Arbeit des Netzwerks ist, dass in einer Stadt mit deutlich rechtsextremistischer Präsenz in der Öffentlichkeit eine andere Kraft sichtbar wird und sich öffentlich äußert. Aber die Wirksamkeit des Netzwerks kann nicht nur an Aktionen festgemacht werden. Vielmehr gehören dazu vor allem Stellungnahmen von Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik, Verbänden und Initiativen im kommunalen Raum, um den Prozess der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Das Netzwerk wurde im Juni 1999 für seinen "beispielhaften bürgergesellschaftlichen Einsatz gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" in Stuttgart mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet. Es ist außerdem Mitglied im landesweiten "Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit".

- Netzwerk zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer in Eberswalde und Bernau

Seit dem Jahr 1992 sind in der Stadt Eberswalde ca. 1200 Aussiedler und deren Angehörige aufgenommen worden. Weiterhin wohnen in der Stadt bleibeberechtigte Zuwanderer, u.a. ehemalige Vertragsarbeiter aus Angola, Mosambik und Vietnam und ehemalige Arbeitsmigranten aus Ungarn. Das ist für eine Stadt eine hohe Konzentration, weit über dem brandenburgischen Durchschnitt. Die Situation in Eberswalde ist dadurch gekennzeichnet, dass der Landkreis Barnim als örtlicher Träger der Sozialhilfe und als Ausländerbehörde weit mehr Kontakte zu den genannten Personengruppen hat und der Stadt selbst eher eine passive Rolle zukommt.

Sowohl in Eberswalde als auch in Bernau wurden Netzwerke zur Integration bleibeberechtigter Zuwanderer gegründet, weil sich im Laufe der Jahre verschiedene Projekte entwickelt hatten, die es zu bündeln galt. Neben der Vernetzung wird auch die stärkere Einbindung der beiden Städte angestrebt, um eine auf Dauer angelegte Integration von bleibeberechtigten Zuwanderern zu erreichen. Mitglieder der Netzwerke sind die Verbände, Vereine und Initiativen, die am Prozess der Integration vor Ort beteiligt sind, sowie die Zuwanderer selbst.

Die beiden Netzwerke tragen dazu bei, dass ein Informationsaustausch stattfindet und

die Sensibilisierung für die Probleme der Zugewanderten wächst, besonders bei Menschen, die nur sporadisch mit den Betroffenen zu tun haben.

Der Versuch, ein kreisweites Netzwerk zu installieren, war nicht erfolgreich, weil die jeweiligen Bedingungen zu unterschiedlich sind. Besonders wichtig aber ist die Teilnahme von Vertretern der großen kommunalen Wohnungsverwaltungen.

Die Arbeit dieser Netzwerke hat zwar nicht direkt mit der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun, indirekt aber ist eine erfolgreiche Integration für die Akzeptanz in der einheimischen Wohnbevölkerung von größter Bedeutung.

Dahme-Spreewald

- "Heimisch in einer weltoffenen Stadt" – Bürgerforum für Toleranz und Zivilcourage Königs Wusterhausen

Das Bürgerforum hat sich im Mai 2000 als Reaktion auf die Ankündigung eines NPD-Aufmarsches gegründet und beschreibt sein Anliegen in seiner Selbstdarstellung mit folgenden Worten: "Wir wollen eine weltoffene Stadt und Region, in der alle Menschen ohne Angst leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die Herabwürdigung und gegen die Verachtung von Menschen anderer Herkunft. Wir wenden uns gegen die Bedrohung politisch Andersdenkender, Behinderter, Obdachloser, Arbeitsloser und anderer und gegen ihre Ausgrenzung. Wir wollen, dass die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 in unserer Region lebendig ist. Dafür treten wir nicht nur in der Initiative ein, sondern überall, wo wir leben und arbeiten."

In dem Netzwerk ist das gesamte Spektrum der Bürgerschaft von Königs Wusterhausen vertreten. Vereine, Organisationen, Verbände, Kommunalpolitiker und Einzelpersonen treten gemeinsam auf. Es existiert ein Vorbereitungskreis, der die gut besuchten Veranstaltungen vorbereitet.

Das Bürgerforum organisiert Öffentlichkeitsarbeit, Unterschriftensammlungen und ist bei öffentlichen Veranstaltungen präsent. Es führt eigene Veranstaltungen und Themenabende durch, z.B. "Angsträume in KW". Es beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung von interkulturellen Festen. Ein erster Erfolg ist die Aufnahme des Begriffs "Weltoffenheit" in den Entwurf des Leitbilds der Stadt.

- Lübbener Forum gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Seit dem Herbst 1998 treffen sich in Lübben Privatpersonen und Vertreter öffentlicher Körperschaften zu einem Gesprächskreis über Erscheinungsformen von Rechtsradikalismus und Gewalt in der Region. Im Juli 2001 bezeichnete sich das Forum erstmals in der Öffentlichkeit als uneigennützige Initiative von engagierten Menschen aus Lübben und Umgebung. Im Lübbener Forum sind Jugendliche besonders aktiv, zunehmend arbeiten Schüler mit.

Das Forum sieht seine Aufgabe darin, undemokratischen Tendenzen entgegenzutreten. Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen Schulen, die Beratung von Opfern rechter Gewalt und Partnerschaften mit Migranten des Asylbewerberheims in Lübben. Es

arbeitet mit anderen Initiativen der Region zusammen, z.B. mit der Initiative "Zukunft im Spreewald: tolerant und weltoffen", und wird besonders vom Mobilem Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt unterstützt.

- Initiative "Zukunft im Spreewald: tolerant und weltoffen"

Der Initiative gehören Funktions- und Verantwortungsträger der Region und ca. 20 Jugendliche der Gesamtschule und der Jugendklubs in Lübben und Umkreis an. Das gemeinsame Ziel ist, Ausbildungsperspektiven für Jugendliche aus dem Spreewald zu schaffen und die Situation für junge Menschen in der Region zu verbessern. Die Initiative setzt sich für Zivilcourage bei jungen Menschen ein. Sie wird vom Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus "Xenos" gefördert und hat sich an der Veranstaltung "Brandenburg gegen Rechts" von Cargo Lifter in Brand beteiligt.

Elbe-Elster

- Arbeitsgruppe "Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt, für einen toleranten und weltoffenen Landkreis Elbe-Elster" Herzberg

Im Oktober 2000 verabschiedete der Kreistag den Beschluss, eine Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung "Gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt, für einen toleranten und weltoffenen Landkreis Elbe-Elster" zu bilden. Die Initiative dazu ging vom Ausländerbeauftragten aus, der in der Vorbereitung dieses Beschlusses Gespräche mit Initiativen, der Kirche, dem Jugendamt, dem Staatlichen Schulamt, dem Mobilem Beratungsteam, dem Beratungsnetzwerk gegen Gewalt an Schulen und der RAA geführt hatte.

Ziele der Arbeitsgruppe sind die Vernetzung aller Initiativen des Landkreises, die sich auf der Grundlage des Handlungskonzepts der Landesregierung für ein "Tolerantes Brandenburg" engagieren, die gemeinsame Koordinierung aller Aktivitäten, Informationsaustausch, Bildungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit. Die Federführung liegt beim Ausländerbeauftragten und beim Schulrat.

Als Mitglieder gehören der Arbeitsgruppe an: Vertreter des Kreistages, Mitarbeiter der Verwaltung, der Ausländerbeauftragte, Pressestelle, Jugendamt, Staatliches Schulamt, Amtsgericht, Jugendstaatsanwalt, GEW, Pädagogisches Landesinstitut, Katholisches Pfarramt, Diakonisches Werk, Polizeischutzbereich, Kreissenorenbeirat und RAA.

Die Arbeitsgruppe trifft sich in den Räumen der Kreisverwaltung in Herzberg und hat sich bisher z.B. beschäftigt mit

dem Rundschreiben des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rückmeldungen aus den Schulen, der Vorstellung des Mobilem Beratungsteams und Möglichkeiten der Zusammenarbeit, Bildungsangeboten der Kreisvolkshochschule oder der Prävention als Baustein im Integrationsnetzwerk für Spätaussiedler und ausländische Bürger.

- Finsterwalder Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Toleranz

Anlass für die Bündnisgründung war ein Überfall von 20 rechtsradikalen Schlägern auf eine Finsterwalder Wohngemeinschaft. Eine für Finsterwalde relativ große Demonstration wurde daraufhin von einer Initiativgruppe, der vor allem Jugendliche angehörten, organisiert. Aus dieser Gruppe heraus ist auch die Gründung des Finsterwalder Aktionsbündnisses initiiert worden.

Das Finsterwalder Aktionsbündnis hat am 12. Dezember 2000 ein Grundsatzpapier beschlossen. Zu dieser Grundlage haben sich inzwischen etwa 200 Jugendliche, Frauen und Männer aus Finsterwalde und Umland bekannt. In der Gründungsveranstaltung wurde ein Sprecherrat benannt, der sich regelmäßig trifft und Aktionen oder das aktuelle Geschehen in der Region bespricht. Etwa alle zwei Monate findet eine Vollversammlung des Aktionsbündnisses statt.

Inzwischen fanden in Finsterwalde mehrere öffentliche Veranstaltungen auf Anregung des Bündnisses statt. Dazu gehörten zum Beispiel Sonntagsspaziergänge, die zu Stätten der Gewalt führten. In Zusammenarbeit mit einem ABM-Projekt, das die Zwangsarbeitslager der Region analysierte, wird an diese gewaltvolle Vergangenheit erinnert und der Zusammenhang zu heutigen Gewaltakten deutlich gemacht.

Weitere Veranstaltungen dienen und dienen der Aufklärung und Bildung. Mit 250 Besuchern sehr gut besucht war der Vortrag eines Experten der Freien Universität Berlin mit anschließender Diskussion im Januar 2001.

Märkisch-Oderland

- Netzwerk für Toleranz und Integration Märkisch-Oderland

Im Mai 2000 gründeten freie Träger, Projekte, Vereine, Initiativen und Privatpersonen, die in der Jugendarbeit, in der Arbeit mit Ausländern und Aussiedlern oder als Abgeordnete tätig sind, dieses Netzwerk. Auch Vertreter der Bereiche Sport, Polizei, Kommunalpolitik sind dabei. Darüber hinaus sind lokale Bündnisse in Strausberg und Bad Freienwalde vertreten.

Grund für diese Initiative war die Zunahme von rechtsextremistischen Vorfällen in Strausberg, besonders um den Bahnhof, und in Petershagen-Eggersdorf, z.B. das verstärkte Auftauchen Rechtsextremer im Straßenbild, Übergriffe von Rechtsextremen gegen Fremde und Schmierereien. Besonderer Anlass war ein Angriff auf eine Gruppe mit jungen Spätaussiedlern, Kriegsflüchtlingen und Einheimischen auf dem Strausberger Bahnhof.

Die gemeinsamen Aufgaben sind

- Koordinierung und Vernetzung von Aktivitäten, Trägern, Einzelpersonen und Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit,
- Informationsaustausch zu Toleranz und Integration,
- Fortbildung und
- Tätigkeit in thematischen Arbeitsgruppen.

Geplant sind Projekte zur Vernetzung der kommunalen Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit sowie regionale Vernetzungen in Teilen des Landkreises, z.B. im Umkreis von Bad Freienwalde, entlang der Bahnstrecke zwischen Berlin und

Strausberg.

Als Erfolg sieht es die Initiative an, dass zurzeit kaum noch Rechtsextreme im Bahnhofsbereich von Strausberg anzutreffen sind und dass vor allem das Problem Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit nicht mehr verdrängt wird.

Oberhavel

- "Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg"

Das Forum Oranienburg wurde am 30. Januar 1997 anlässlich der Vorstellung einer Diplomarbeit der Freien Universität Berlin zu lokalen Handlungsstrategien gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus gegründet. Bereits vorher haben sich in Oranienburg verschiedene Initiativen um ein besseres Zusammenleben von Flüchtlingen und Deutschen bemüht. An den monatlichen Treffen des Forums nehmen Schüler, Lehrer, Vertreter von Schulsozialarbeit, Jugendamt, Polizei, Kirche, Wissenschaft und der Gedenkstätte Sachsenhausen teil.

Die Angebote des Forums sind vielfältig und richten sich hauptsächlich an Jugendliche. Dazu arbeitet das Forum mit der Verwaltung der Stadt Oranienburg und des Kreises, aber auch mit anderen Partnern zusammen.

Bis zum Frühjahr 2001 wurde das Forum Oranienburg von einem Pfarrer aus Marwitz moderiert, seitdem liegt diese Aufgabe in der Hand einer Stadtverordneten. Sie lädt zu den Sitzungen ein und legt im Vorfeld die Tagesordnung fest.

Seit dem Jahr 1998 veranstaltet das Forum Oranienburg jährlich zum Internationalen Tag der Vereinten Nationen gegen Rassismus einen Antirassismustag mit Straßenfest, Konzert, Diskussionen und einer Demonstration. Am 15. September 2001 hat das Forum Oranienburg zudem ein "Fest der Hoffnung - gegen Rassismus und Gewalt" auf dem ehemaligen SS-Truppengelände in Sachsenhausen veranstaltet, das unter der Schirmherrschaft der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg stand. Außerdem werden Demonstrationen und Konzerte organisiert und Projekttag an Schulen erarbeitet. Auch Ausstellungen oder eine antirassistische Studienfahrt gehören zu den Angeboten des Netzwerks. Unterstützt wird das Forum Oranienburg vom neu gegründeten Förderverein für interkulturelle Bildung und Begegnung (FiBB) e. V.

Im Jahr 1999 erhielt das Forum die Auszeichnung "Band für Mut und Verständigung" vom Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit Berlin-Brandenburg.

- "Hennigsdorfer Ratschlag"

Der Hennigsdorfer Ratschlag ist ein offenes Forum, das sich seit dem Jahr 1999 in unregelmäßigen Abständen im Gemeinderaum der evangelischen Kirche trifft. Teilnehmer sind Abgeordnete, Vertreter der Verwaltung, der Gewerkschaften, ehrenamtliche und professionelle Betreuer und Berater im Bereich der Flüchtlingsbetreuung,

der Ausländerbeirat der Stadt sowie Schüler und Interessierte.

Die Initiative zur Gründung des Hennigsdorfer Ratschlags ging von Vertretern der Evangelischen Kirche und von Flüchtlingsberatern aus. Anlass waren die ständigen Übergriffe gegen Asylbewerber aus dem Asylbewerberheim Stolpe-Süd, die in Hennigsdorf einkaufen müssen.

Seit seiner Gründung fordert der Hennigsdorfer Ratschlag die Einrichtung eines interkulturellen Begegnungshauses in Hennigsdorf als wichtige Maßnahme für den Abbau von Fremdheit zwischen Ausländern und Deutschen.

- Arbeitskreis "Rechtsextremismus – was tun" Fürstenberg

Der Arbeitskreis "Rechtsextremismus - was tun" wurde im Januar 2001 im Anschluss an eine öffentliche Veranstaltung zu den Hintergründen und Merkmalen des Rechtsextremismus gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Vertreter der Stadtverwaltung, Lehrer, Vertreter der Gedenkstätte Ravensbrück sowie ein Bürgermeister aus dem Amtsbereich. Der Arbeitskreis "Rechtsextremismus" will aufklären und informieren. Ein Schwerpunkt ist die Fortbildung der Mitglieder und Interessierter. Im Frühsommer 2001 fand ein zweitägiger Workshop zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen statt, an dem vor allem Lehrer teilnahmen. Weitere öffentliche Veranstaltungen sind geplant und werden zurzeit vorbereitet - z.B. ein Konzert gegen Rassismus für Jugendliche und eine Informationsveranstaltung zum Thema "Rechtsextremismus und die Positionen der demokratischen Parteien".

Oder-Spree

- "Eisenhüttenstadt – kein Platz für Rassismus"

Im September 1999 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, dass sich die Stadt beim ORB/Radio Fritz und bei der Aktion "Courage/SOS" um den Titel und das Schild "Eisenhüttenstadt – kein Platz für Rassismus" bewerben soll. In diesem Beschluss verpflichtet sich die Stadtverordnetenversammlung, "im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Art von Diskriminierung in der Stadt Eisenhüttenstadt entgegenzuwirken", und sie fordert alle Bürgerinnen und Bürger und alle in der Stadt tätigen Unternehmen, Behörden, Institutionen, Vereine und Verbände auf, sich anzuschließen.

Schon lange vor Beginn dieser Aktion hatten in Eisenhüttenstadt Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ihre Arbeit aufgenommen. In den Jahren 1990/91 hatte die evangelische Friedenskirchgemeinde eine zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber eingerichtet. Im August 1998 hatte sich die "Plattform gegen Rechts" gebildet. Und auch das Unternehmen EKO Stahl engagierte sich eindeutig gegen rechtsextremistische Gewalt. Mit der gemeinsamen Aktion "Kein Platz für Rassismus" sollen diese Bemühungen in Eisenhüttenstadt gebündelt und weitergeführt werden. An der Aktion sind nicht nur die Parteien der Stadtverordnetenversammlung, der Bürgermeister und die Stadtverwaltung, sondern auch der größte

Arbeitgeber der Stadt EKO Stahl GmbH, Gewerkschaften, kirchliche Einrichtungen, Schulen, Vereine und Verbände beteiligt.

Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurde unter der Leitung des 2. Beigeordneten und Dezernenten für Soziales, Jugend, Bildung, Kultur und Sport ein mittelfristiges Handlungskonzept erarbeitet, das sich auf verschiedene Schwerpunkte orientiert. Außerschulische Jugendbildung, Schule, Erwachsenenbildung, Eltern, Sportvereine, Sozialverbände, Polizei und Justiz, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Medien sind angesprochen, mitzuwirken.

Im März 2000 überreichte die Arbeitsgruppe "Courage / SOS-Rassismus-NRW" der Stadt die Urkunde "Eisenhüttenstadt hat keinen Platz für Rassismus".

Als sichtbares Zeichen stellte man in Eisenhüttenstadt Ortsschilder mit dem Zusatz "- kein Platz für Rassismus" auf. Im Juli 2000 wurde im Zusammenhang mit der Aufstellung der ersten Ortsschilder die "Courage-Runde" gegründet. Hier treffen sich Engagierte aus allen beteiligten gesellschaftlichen Bereichen, tauschen Informationen aus und diskutieren über Ereignisse in der Stadt sowie über den weiteren Handlungsbedarf. Die Runde wird fachlich und organisatorisch vom Mobilem Beratungsteam Tolerantes Brandenburg beraten und von der Ausländerbeauftragten der Stadt unterstützt.

- Plattform gegen Rechts Fürstenwalde

Vor den Bundestags- und Kommunalwahlen im Sommer 1998 gründete sich die Fürstenwalder Plattform in der berechtigten Sorge, dass rechtsextremistische Parteien in die jeweiligen Parlamente einziehen (im Ergebnis erhielt die NPD zwei Mandate in der Stadtverordnetenversammlung, von denen heute noch eines vertreten ist).

In der Fürstenwalder Plattform sind Parteien und Fraktionen, der Ausländerbeauftragte des Landkreises Oder-Spree, freie Träger, Vertreter der evangelischen Kirche und des Diakonischen Werks, die Gesamtschule Storkow, die IG Metall, die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V., das Mobile Beratungsteam und zahlreiche private Personen vertreten.

In der "Fürstenwalder Erklärung für Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus" wenden sich die Mitglieder der Plattform mit folgenden Worten an ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger: " Wir rufen deshalb die Bewohner unserer Stadt auf, sich für eine gewaltfreie Austragung von Konflikten einzusetzen und sich einzumischen, wenn andere bedroht sind oder angegriffen werden. Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf, gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie gegen Gewalt vorzugehen und deutlich Nein zu sagen, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft oder ihrer Religion beleidigt werden, deutlich Nein zu sagen, wenn Wohnungslose, Behinderte oder psychisch Kranke verspottet werden, deutlich Nein zu sagen, wenn Andersdenkende, Ausländer oder Juden angefeindet werden. Unser Ziel ist es, für uns und unsere Kinder eine Atmosphäre zu schaffen, in der Solidarität und gegenseitige Rücksichtnahme das Zusam-

menleben bestimmen und sich jeder frei und selbstbewusst entfalten kann."

Die Plattform organisiert nicht nur Aktionen und Veranstaltungen, sondern gestaltet auch eigene Veröffentlichungen. Beispiele für Aktionen sind Informationsstände und Gegendemonstrationen gegen Aktivitäten der NPD, Mahnwachen, der Aufbau einer Telefonkette oder ein Lichtermarsch zum Jüdischen Friedhof. Veranstaltungen haben stattgefunden zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (in Kooperation mit der Volkshochschule), zum Gedenken an Auschwitz; auch der multikulturelle Tag in Storkow wurde organisiert. An Veröffentlichungen gab es im Jahr 1998 die Erklärung der Plattform und die Erklärung zur Gewalt in Fürstenwalde, im Jahr 1999 folgte die Fürstenwalder Erklärung (siehe oben). Eine Unterrichtsreihe zum Thema "Ausländer in Deutschland" wurde in Kooperation mit der Volkshochschule ausgearbeitet. Die Plattform arbeitet mit der Plattform Frankfurt (Oder), der Aktion Notengang, der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. und dem Mobilen Beratungsteam zusammen.

Potsdam-Mittelmark

- Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt Belzig

Das Forum entstand im Jahr 1996 mithilfe der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. und des Mobilen Beratungsteams Tolerantes Brandenburg. Zu den Treffen lädt der Bürgermeister ein und die Stadtverwaltung stellt die Logistik zur Verfügung. Im Jahr 1999 wurde das Belziger Forum mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet. Das Forum hat vor allem einen Beitrag zur Stärkung und Festigung alternativer jugendkultureller Ansätze geleistet. Mit eigenen Veranstaltungen und der Beteiligung an anderen Aktivitäten hat es seine Ausstrahlung und Wirkung auf den gesamten Landkreis.

Prignitz

- Aktionsbündnis gegen Rechts in der Prignitz

Im Aktionsbündnis haben sich lokale Initiativen, Bündnisse und Projekte gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammengeschlossen, die bisher engagiert jede Form von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpften und diesen Einsatz nun gemeinsam fortsetzen wollen. Auch die Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind vertreten. Es versteht sich als ein themenbezogenes Netzwerk, das Aktivitäten unterstützt und koordiniert, Informationen sammelt und Aktivitäten und Projekte im Landkreis anregt. Wichtigstes Ziel des Aktionsbündnisses ist es, für den Schutz und die Achtung demokratischer Regeln, für Respekt vor der Würde des Menschen und für Toleranz und Solidarität einzutreten.

So wurden z.B. für den Plakatwettbewerb des Aktionsbündnisses zum Thema "Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Toleranz und Weltoffenheit in der Prignitz" bis Ende Juni 2001 rund 200 Collagen, Fotomontagen und Zeichnungen eingereicht, deren Prämierung im Oktober stattgefunden hat.

In den Städten Perleberg, Wittenberge und Pritzwalk fanden Informationsveranstaltungen für Pädagogen, Sozialarbeiter und interessierte Bürger zu Symbolen, Musik

und Erscheinungsbild rechtsgerichteter Organisationen statt.

Spree-Neiße

- "Runder Tisch für Ausländer - gegen Gewalt" Spremberg

Im September 1991 beschloss der Kreistag Spremberg die Bildung eines "Runden Tisches für Ausländerfragen". Anlass war ein Brandanschlag auf eine Unterkunft von Asylbewerbern in Schwarze Pumpe. Zunächst nahmen Vertreter der Kirchen, der Fraktionen des Kreistags, des Jugendsportbundes und der Polizei teil, später kamen Vertreter aus Jugendeinrichtungen, der Justizvollzugsanstalt Spremberg, des Asylbewerberheims, die RAA Forst und das MBT dazu.

Der Runde Tisch wird von der Ausländerbeauftragten des Landkreises Spree-Neiße einberufen und moderiert. Zahlreiche Aktivitäten in Spremberg sind auf informelle Verabredungen des Runden Tisches zurückzuführen. Zentrale Bedeutung hat das jährlich stattfindende multikulturelle Stadtfest, das in diesem Jahr zum siebenten Mal durchgeführt wurde. Hervorzuheben ist vor allem die Leistung, dass Flüchtlinge in der Stadt weitgehend akzeptiert und in vielen Bereichen selbstverständlich eingeladen werden.

- "Forum Guben"

Das "Forum Guben" ist als Runder Tisch im Jahr 1999 von Kommunalpolitikern, Verwaltungsangestellten, Bürgern und Jugendlichen gegründet worden, um bestimmte Themen zu diskutieren. Das Forum tagt unregelmäßig. Ein herausragendes Thema war der Umgang mit dem Gedenkstein für Omar ben Noui. Krisenintervention steht im Mittelpunkt des Forums, das eine große kommunalpolitische Wirkung ausstrahlt.

- Arbeitsgruppe im Landratsamt Forst, Spree-Neiße

Auf Initiative des Landrates entstand ein monatlich tagendes Gremium zum Bereich Rechtsextremismus, an dem Jugendamt, Ausländerbeauftragte, Kreisjugendring, RAA Forst und Mobiles Beratungsteam teilnehmen, um sich über die Situation des Rechtsextremismus und über Gegenmaßnahmen und Prävention zu informieren. In einer Artikelserie im Amtsblatt des Kreises wurden an die Zielgruppe der ländlichen Bevölkerung Informationen zum Thema "Rechtsextremismus" vermittelt.

- "Arbeitskreis Toleranz" Greifenhain

Das Besondere an diesem Runden Tisch ist, dass seine Teilnehmer aus dem ländlichen Raum des Landkreises Spree-Neiße kommen. Entstanden nach dem Vorfall, in dem von Jugendlichen gegenüber israelischen Journalisten der Holocaust gelehnet wurde, fanden sich auf Initiative der evangelischen Kirche Bürgerinnen und Bürger aus Neupetershain, Drebkau, Welzow und umliegenden Dörfern mit prominenten Gästen zusammen, um in öffentlichen "Greifenhainer Gesprächen" grundsätzliche Themen zu diskutieren. In letzter Zeit hat man sich auch mit Überlegungen beschäftigt, wie die Situation in den eigenen Dörfern verändert werden kann. Das Projekt "Bloß weg!" beinhaltet Hilfe zur beruflichen Orientierung von Jugendlichen, auch gibt es Planungen für ein Projekt zum Kriegsgefangenenlager.

Teltow-Fläming

- Arbeitskreis "Teltow-Fläming gegen Gewalt"

Dieser Arbeitskreis entstand im Mai 1999 auf der Grundlage des Handlungskonzepts "Tolerantes Brandenburg" als kreisweites Netzwerk mit dem Ziel, die kommunale Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, sich allen Erscheinungsformen von Gewalt und Intoleranz entgegenzustellen. Bestehende lokale demokratische Strukturen sollen genutzt werden, um Aktivitäten in ihrem unmittelbaren Lebens- und Arbeitsumfeld zu entwickeln. Es soll die Projektentwicklung vor Ort unterstützt werden.

Der Arbeitskreis richtet sich an Amtsdirektoren und Bürgermeister, Vereine, Initiativen, Schulen und an alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises. Geplant sind Beratung, Begleitung und Fortbildung zur Bewältigung von Problemlagen und Unterstützung bei der Beseitigung von Defiziten. Hauptaufgabe des Gremiums ist die präventive Zusammenarbeit mit den Kommunen in der Jugendarbeit zum Thema "Gewalt".

Mitglieder des Netzwerks sind das Polizeipräsidium, Schutzbereich Teltow-Fläming, das Mobile Beratungsteam "Tolerantes Brandenburg", das Beratungsnetzwerk gegen Gewalt an Schulen, der DGB, die evangelische Kirche, die Frauenhäuser Ludwigsfelde und Luckenwalde, die Volkshochschule, die Ausländerbeauftragte und der Weiße Ring e.V. Die Koordination des Arbeitskreises erfolgt durch die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte und den Schutzbereichsleiter. Der Arbeitskreis tagt in verschiedenen Orten, um sich direkt der lokalen Probleme anzunehmen. Die Sitzungen finden auf Anforderung von Schulen, Freizeitpädagogen oder nach regionalen Schwerpunkten in den Kommunen statt.

Als thematische Schwerpunkte haben sich herausgebildet:

- die Jugendpolitik im Landkreis,
- jugendspezifische Probleme in Freizeiteinrichtungen,
- strukturelle Probleme zwischen Kommune, Schule und Freizeiteinrichtungen,
- Weiterbildungsbedarf für Pädagogen und
- Schulprojektarbeit zu Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Im Ergebnis der Arbeit des Netzwerks haben sich kommunale Initiativen gegründet. Der Arbeitskreis "Asyl" in Jüterbog unterstützt die integrative Arbeit mit Bürgerpartnerschaften für ausländische Mitbürger, organisiert Sprachkurse, Hilfe bei der Arbeitsvermittlung und Treffen zum Kennenlernen fremder Kulturen. Auch an der Arbeitsgruppe "Tolerantes Mahlow", die sich in Vorbereitung des Besuchs von Noel Martin bildete, ist das Netzwerk beteiligt. In Thyrow hat sich die Initiative "Gewalt hat einen Namen – Die Ursachen auch" gebildet.

Der Arbeitskreis "Teltow-Fläming gegen Gewalt" wird sich in seiner inhaltlichen Gestaltung weiter an den Anforderungen in der kommunalen Arbeit orientieren und auch Projekte zu neuen Aspekten wie Familienbildung, Gewalt gegen Frauen oder Bildung von neuen kommunalen Strukturen unterstützen und begleiten.

Uckermark

- Bürgerbündnis "Für eine tolerante, weltoffene und gewaltfreie Stadt Angermünde"

Das Bündnis entstand im Jahr 1997 als Reaktion auf die Zunahme rechtsextremistischer und gewalttätiger Aktionen in Angermünde. Ca. 30 Vertreter von Parteien, Kirchen, Medien, Gewerkschaften, Vereinen, Schulen, Polizei etc. fanden sich zusammen, um rechtsextremistischem Denken und Tun Zivilcourage und Aufklärung entgegenzusetzen. Was am Anfang zunächst nur als Gegenreaktion gedacht war, entwickelte sich mit Unterstützung und Mitwirkung des Mobilen Beratungsteams "Tolerantes Brandenburg" zunehmend zu einer wichtigen Kraft in der Region. Das Bündnis initiiert und vernetzt Aktivitäten zur Bekämpfung von Gewalt, Intoleranz und Ausgrenzung in der Stadt Angermünde und arbeitet kontinuierlich daran, breiteste Bevölkerungsschichten in diesen Prozess einzubeziehen. Das Bündnis trifft sich regelmäßig zu Beratungen und organisiert Aktionen. Tradition ist z. B. ein alljährlicher "Tag der Toleranz". Im Jahr 2001 wurde erstmals ein Preis zur Würdigung besonderer Leistungen für die Entwicklung einer gewaltfreien und weltoffenen, toleranten Stadt ausgelobt, die "Angermünder Elle". Erstmals verliehen wurde dieser Preis auf dem diesjährigen Empfang des Bürgermeisters an eine Schülergruppe des Gymnasiums, die in der Stadt zahlreiche Gespräche mit Geschäftsleuten führte und dafür warb, in den Geschäften die von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Postkarten "Wir schauen nicht weg" zu vertreiben. Des Weiteren organisiert das Bündnis gemeinsam mit ortsansässigen Vereinen Straßen- und Wohnbereichsveranstaltungen sowie Begegnungen mit Asylbewerbern, Spätaussiedlern und Jugendlichen.

Die Koordinierung hat der Bürgermeister übernommen. Wenn es am Anfang der Arbeit noch viele Berührungspunkte, ja auch Misstrauen gab, so ist an diese Stelle mittlerweile das Miteinander getreten. Immer mehr Menschen fühlen sich dem Anliegen des Bündnisses verpflichtet. Die Postkarten sind inzwischen fast in jedem Angermünder Geschäft zu finden sind. Und es wird festgestellt, dass es beim letzten NPD-Aufmarsch vor ca. einem Jahr nicht einmal mehr neugierige Zaungäste gab.

- Ausschuss "Tolerante Uckermark" des Kreistags Uckermark

Seit gut zwei Jahren wirkt im Kreistag des Landkreises Uckermark der Ausschuss "Tolerante Uckermark", an dessen Zustandekommen und Konzeption das Mobile Beratungsteam "Tolerantes Brandenburg" mitgewirkt hat. In diesem Ausschuss arbeiten Kreistagsabgeordnete aller Fraktionen gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Jede Fraktion hat einen ihrer zwei Sitze einem Mitglied aus einem Verein oder einer engagierten Person zur Verfügung gestellt. Auch wenn das Stimmrecht im Ausschuss nur die Mitglieder des Ausschusses haben, so hat doch jeder der benannten Teilnehmer dieser Beratungen, die immer öffentlich angekündigt sind, Rederecht und Einfluss auf die zu beratenden Themen. Der Ausschuss will informieren, aufklären und auf bestimmte Problemlagen aufmerksam machen, Öffentlichkeit herstellen. Jüngste Initiative war eine Kreistagsentschließung zur Rücknahme der Wertgutscheine für Asylbewerber.

Cottbus

- "Cottbusser Aufbruch – Aktionsbündnis für ein gewaltfreies tolerantes Miteinander"

Im Sommer 1999 hatten sich Tausende Cottbusser an Demonstrationen beteiligt, um zu zeigen, dass sie Gewalt gegenüber Ausländern nicht mehr hinnehmen wollen. Mit der Gründung des Cottbusser Aufbruchs im Dezember 1999 sollte an diese "Spaziergänge gegen Rechts" angeknüpft werden. Mitglieder des Aufbruchs sind Kommunalpolitiker, Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter von Institutionen, Gremien, Vereinen, Organisationen, des DGB und der evangelischen Kirche.

Der "Cottbusser Aufbruch" bezeichnet sich selbst als ein partei- und strukturübergreifendes Aktionsbündnis, das Intoleranz, Gewalt gegenüber Fremden und deren Ursachen bekämpfen will, und fasst seine Ziele in drei Leitbildern zusammen:

Gelebte Toleranz im Umgang miteinander und mit Fremden,
Keine Toleranz für Intoleranz und
Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Mitglieder treffen sich in regelmäßigen Abständen, um Informationen zu sammeln, Akteure miteinander zu vernetzen oder Veranstaltungen zu planen. Beabsichtigt ist auch die Zusammenarbeit mit allen schon bestehenden Cottbusser Gruppen, die eine ähnliche Zielstellung haben.

Hervorzuheben ist die thematische Arbeit in den Arbeitsgruppen "Ausländer und Flüchtlinge" und "Opfer, Justiz und Polizei". Die AG "Ausländer und Flüchtlinge" hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass die Flüchtlinge in Cottbus nahezu vollständig in privaten Unterkünften untergebracht sind. In der AG "Opfer, Justiz und Polizei" treffen sich Vertreter der Polizei, Opferberatungsgruppen und der Landgerichtspräsident, um nach Möglichkeiten zu suchen, den Opferschutz zu verbessern. Praktische Konsequenzen sind die engere Vernetzung der Opferberatungsstellen und eine bessere Verbindung zur Polizei.

Der Cottbusser Aufbruch will mit der "Aktion Cottbusser Zuflucht" in der Stadt ein sichtbares Zeichen dafür setzen, dass von rechter Gewalt bedrohte Menschen Eingang und Zuflucht in Geschäften und öffentlichen Gebäuden finden. Partner der Aktion sind daher vor allem Einzelhändler, Gaststätten- und Ladenbesitzer, öffentliche Verwaltung, Kirchen, Betriebe, Schulen und Behörden, die mit Aufklebern darauf hinweisen, dass sie Opfern Zuflucht bieten, helfen und bei Bedarf die Polizei über Notruf verständigen.

Der "Cottbusser Aufbruch" ist aus dem Bedürfnis nach landesweiter Zusammenarbeit heraus Mitglied im "Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" geworden.

Frankfurt

- "Plattform gegen Rechts" Frankfurt (Oder)

Die "Plattform gegen Rechts" Frankfurt (Oder) besteht seit dem Jahr 1998. Vor dem Hintergrund verstärkter Aktivitäten der NPD haben sich verschiedene Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen lose zusammengeschlossen, um gemeinsame Aktivitäten und Aktionen in der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit zu planen oder sich gegenseitig über Aktivitäten zu informieren. Sie wird von der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt an der Europa-Universität Viadrina koordinierend und moderierend begleitet.

An der Plattform beteiligen sich der Bürgermeister, die Stadtverwaltung, Parteien, Gewerkschaften, Organisationen, Hochschulgruppen, der ASTA der Europa-Universität Viadrina, die Arbeitsstelle für evangelische Jugendarbeit, der Vorstand des Staatsorchesters, freie Träger und Vereine.

Im Rahmen der Plattform wurden in den letzten zwei Jahren mehrere Veranstaltungen durchgeführt, die sich unter verschiedenen Blickwinkeln mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit beschäftigten. Insbesondere in Wahlkampfzeiten musste sich die Plattform intensiv mit der örtlichen NPD auseinandersetzen, die mit einem starken Kreisverband und einem Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung den harten Kern des organisierten Rechtsextremismus in Frankfurt (Oder) darstellt.

Die "Plattform gegen Rechts" organisiert Diskussionsveranstaltungen, Tagungen, Workshops und wenn nötig auch Protest auf der Straße, so zuletzt am 15. September 2001, anlässlich einer Kundgebung der rechtsextremen "Freien Kameradschaft Frankfurt (Oder)". Sie ist Mitglied des "Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit".

Potsdam

- Sicherheitskonferenz Potsdam

In der Sicherheitskonferenz arbeiten seit dem Jahr 1995 Stadtverwaltung, Polizei, Landeskriminalamt, Staatsschutz, Beratungsnetzwerk gegen Gewalt an Schulen und Initiativen zusammen. Sie verfügt über eine Geschäftsstelle und die logistische Unterstützung durch die Stadtverwaltung. Eine ausführlichere Darstellung findet sich im Kapitel über die Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

2.3 Zusammenfassung

Im Land Brandenburg gibt es eine große Anzahl von lokalen Netzwerken gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die nach der Art ihrer Gründung, nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und nach ihrer Arbeitsweise von ihrer konkreten Situation in der Kommune ausgehend zu ganz eigenen Formen gekommen sind.

Als älteste Gründung gibt es immer noch den "Runden Tisch für Ausländerfragen" Spremberg, der sich im Jahr 1991 gebildet hat, nachdem es einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim gegeben hatte, und an dem noch heute Vertreter der Kirche, des Kreistages, der Polizei, des Sportbunds, der Jugendeinrichtungen, der Justizvollzugsanstalt, des Asylbewerberheims, das Mobile Beratungsteam und die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. mitarbeiten. Die meisten Netzwerke haben sich seit dem Jahr 1998 gebildet.

Gründungsanlässe waren notwendige Aktivitäten gegen angekündigte Aufmärsche rechtsextremistischer Gruppen, Reaktionen auf rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalttaten, Aufklärung über rechtsextremistische Kandidaturen bei Kommunalwahlen, die Aneignung von Wissen über rechtsextremistische Erscheinungsbilder und Strukturen, das Bedürfnis nach Hilfe für Aussiedler, Flüchtlinge und Asylbewerber, das Wissen über Möglichkeiten von Prävention und Fortbildung und die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen zum Zweck der Stärkung.

Bei der Zusammensetzung von Netzwerken ist allen gemeinsam die Beteiligung von Kommunalpolitikern, Verwaltung, Polizei, Kirchen, Gewerkschaften, Jugendeinrichtungen, Schulen, Hochschulen, der Justiz, von Verbänden, Vereinen, freien Trägern, der Ausländerbeauftragten, des Mobilen Beratungsteams und des Beratungsnetzwerks gegen Gewalt an Schulen. In Frankfurt (Oder) beteiligt sich sogar das Staatsorchester an der "Plattform gegen Rechts". Die jeweilige lokale Ausprägung der Mitgliedschaft variiert. In einigen Kommunen wird logistische Unterstützung geleistet, indem eine Geschäftsstelle oder Räumlichkeiten für die Sitzungen zur Verfügung gestellt werden.

Allen Netzwerken ist gemeinsam, dass sie den Informationsaustausch pflegen, Aktionen oder Veranstaltungen organisieren, für ein tolerantes Miteinander-Leben eintreten, durch Vernetzung die eigenen Kraft stärken wollen. Öffentlichkeitsarbeit betrachten nicht alle als ihre Aufgabe.

3 Lokale Initiativen

3.1 Zur Auswahl

Im Folgenden sind Initiativen ausgewählt, die von einer bestimmten Personengruppe in einem engeren lokalen Umkreis gebildet wurden. Der kürzeren Reichweite wegen und mit Blick auf die Kraft einzelner Personen oder kleinerer Gruppen nimmt sich eine Initiative ein bestimmtes Thema aus dem breiten Problemkreis von Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit vor, um sich damit auseinander zu setzen. Initiativen sind meist anlassbezogen entstanden, wenn es Vorfälle im Ort, in der Gemeinde oder in der Stadt gegeben hat.

3.2 Beispiele

Barnim

- Afrikanischer Kulturverein "Palanca" Eberswalde

Der afrikanische Kulturverein gründete sich im Jahr 1994 als Reaktion auf die Ermordung des Angolaners Antonio Amadeo. Dieser Vorfall hatte zur Folge, dass viele Afrikaner, die als Vertragsarbeitnehmer in die DDR gekommen waren und nach dem Jahr 1990 nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten und wollten, resignierten und sich verängstigt zurückzogen. Die Gründung dieses Vereins dient sowohl der selbstbestimmten Arbeit untereinander als auch einem besseren Miteinander von Deutschen und Afrikanern. Beispiele aus der Arbeit der Begegnungsstätte sind die Organisation von Afrika-Seminaren an Schulen und die Beteiligung am Europa-Tag in den Schulen des Landkreises. Der Verein kooperiert mit anderen Initiativen wie der RAA Angermünde und mit der Ausländerbeauftragten des Landkreises.

Dahme-Spreewald

- "Techno-Party gegen Rechts" von Cargo-Lifter in Brand

Eine weit über die Grenzen des Landkreises hinaus bekannt gewordene Aktivität war die "Techno-Party gegen Rechts" in der Fertigungshalle von Cargo-Lifter im Sommer 2001. Auf dem Gelände präsentierten sich zahlreiche Initiativen gegen Rechtsextremismus im Land Brandenburg, z.B. "Brandenburg gegen Rechts e.V." und das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg. Vertreter der Landesregierung diskutierten auf Podiumsrunden mit Jugendlichen.

Havelland

- "Tolerante Stadt Rathenow"

Im März 2000 konstituierte sich in der Stadtverordnetenversammlung der Ausschuss "Tolerantes Rathenow". Der Ausschuss berät, initiiert und koordiniert Aktivitäten zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit in Rathenow. Ausdrücklich erwünscht ist das Gespräch mit Asylbewerbern und deren Mitwirkung. Vertreter der Wirtschaft arbeiten aktiv in diesem Ausschuss mit.

- Gemeinschaftsinitiative der Rathenower Wirtschaft

Im März 2001 wurde die Gemeinschaftsaktion "Rathenow – Miteinander Füreinander" gegründet. Beteiligt sind Vertreter der Stadt, des Einzelhandels und von Vereinen und Verbänden. Anlass war das Jubiläum "200 Jahre Optische Industrie". Besonders effektiv erwies sich das Verbundprojekt des Kompetenzzentrums Optik Rathenow e.V. und der RAA Rathenow e.V. In verschiedenen Schulen wird das Projekt "Rathenow-Region in Europa" umgesetzt, in dessen Rahmen Vertreter der Wirtschaft in die Schulen gehen und Perspektiven für die Jugendlichen aufzeigen. Durch den Dialog zwischen Schule und Wirtschaft wird zu einer Entwicklung des europäischen Gedankens und demokratischer Grundwerte unter Heranwachsenden beigetragen.

Märkisch-Oderland

- Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Strausberg

Der Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Strausberg wurde Anfang 2000 gegründet. Er hat sich zum Ziel gesetzt, bei rechtsextremistischen Tendenzen in der Gesellschaft aufzuklären, zu informieren und zu reagieren. Weiterhin möchten die Mitglieder zu nachbarschaftlicher Solidarität ermutigen, um die Stimmung in der Stadt so zu verändern, dass "rechte Gruppen nicht mehr unbehelligt die Straßen kontrollieren können". Im Arbeitskreis engagieren sich u.a. Mitarbeiter der RAA, ein Pfarrer, Sozialarbeiter in der Aussiedlerbetreuung, Mitglieder des Alternativen Jugendprojekts sowie des Bürgervereins Vorstadt.

Das Zusammenwirken von Polizei und Bundesgrenzschutz mit dem Arbeitskreis zeigte erste Erfolge insbesondere im Bereich des S-Bahnhofs Strausberg-Vorstadt. Streifen werden besser miteinander abgestimmt, und eine schnellere Reaktion auf Vorfälle ist möglich geworden. Vorgegangen war die Beobachtung mehrerer Arbeitskreismitglieder, wie die rechtsextreme Szene im Bereich des S-Bahnhofs Überfälle auf Andersaussehende organisierte.

Der Arbeitskreis verfasste Faltblätter und verteilte diese an alle Haushalte der Stadt. Diese Faltblätter informieren über die Aktivitäten der rechtsextremen Szene und rufen mit konkreten Handlungsvorschlägen zur Zivilcourage auf.

Als fester Bestandteil arbeitet im Arbeitskreis die im Juni 2000 gegründete "Beratungsgruppe für Opfer rechter Gewalt". Die Beratungsgruppe kümmert sich um die Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt und organisiert juristische, psychologische und medizinische Unterstützung.

- "Initiative für Toleranz" in Bad Freienwalde

Im Januar 2001 konstituierte sich die "Initiative für Toleranz" - ein Zusammenschluss für alle interessierten Vertreter von Parteien, Vereinen, Schulen und Wirtschaftsunternehmen. Das gemeinsame Anliegen ist die Erkenntnis, dass rechtsextremistische Einstellungen kein Phänomen der Jugend, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem sind.

Im Ergebnis von öffentlichen Veranstaltungen, die von der Initiative ausgegangen sind, wird eine Fragebogenaktion an Schulen durchgeführt und eine Kommunalanalyse für Bad Freienwalde in Zusammenarbeit mit anderen freien Trägern erstellt. Im Rahmen von Projekttagen sollen an den Schulen mit Schülern und Lehrern Visionen für eine gewaltfreie Schule erarbeitet werden. Das soll in Zukunftswerkstätten geschehen.

Oberhavel

- Arbeitsgruppe "Gegen Gewalt - für ein freundliches Mühlenbeck"

Die Arbeitsgruppe für ein freundliches Mühlenbeck entstand im Jahr 1999 durch einen Anstoß der Evangelischen Gemeinde des Ortes. Anlass war die Forderung von Mitgliedern der Jungen Gemeinde, nicht gleichgültig zu bleiben, wenn Mitgliedern der Jungen Gemeinde Gewalt angedroht wird oder wenn sie von Rechtsgerichteten als "Zecken" bezeichnet werden.

An der Arbeitsgruppe beteiligen sich neben der evangelischen Gemeinde der Bürgermeister, Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und der Polizei, Lehrer von der Gesamt- und von der Grundschule und Vereinsvertreter aus Sport und freiwilliger Feuerwehr.

Von der Arbeitsgruppe ging die Initiative "Regeln für Mühlenbeck" aus - eine Umfrage bei den Gremien und Dorfbewohnern zu der Frage, wie man miteinander leben möchte. Dieser Diskussionsprozess vor Ort hat bewirkt, dass sich die Bevölkerung aktiv mit dem Thema "Zusammenleben" auseinandersetzt und Sensibilitäten im Umgang mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen im Alltag entwickelt.

- **Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus in Velten**

Die ehrenamtlich arbeitende Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus entstand vor einigen Jahren aus den Reihen der evangelischen Kirche als Reaktion auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus an Veltener Schulen. Sie besteht aus Bürgern der Stadt Velten und richtet z.B. alljährlich die Aktionswoche "Mixed Pickels" aus. "Mixed Pickels" richtet sich an Kinder vor allem im Alter zwischen 12-14 Jahren. Während der Sommerferien werden täglich mehrere Veranstaltungen zum Themengebiet "Ausländer" angeboten. Organisiert werden Begegnungsmöglichkeiten zwischen Veltener Kindern und ausländischen Jugendlichen z.B. bei Konzerten, Workshops oder bei einem gemeinsamen Besuch der Gedenkstätte Sachsenhausen. Diese Initiative bündelt verschiedene gesellschaftliche Kräfte der Stadt Velten.

- **Initiativkreis Asylbewerber Stolpe Süd**

In dem Initiativkreis fanden sich vor einigen Jahren Mitglieder des Kirchkreises Oranienburg, engagierte Bürger der Stadt Hennigsdorf und des Landkreises zusammen, die die Bewohner des Asylbewerberheimes Stolpe Süd bei ihrem Wunsch nach verbesserten Lebensbedingungen oder Einkaufsmöglichkeiten unterstützen wollten.

Neben Veranstaltungen mit Asylbewerbern in der Stadt Hennigsdorf sind auch Aktionen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit organisiert und unterstützt worden. Dazu gehören die Demonstration am Tag des Flüchtlings mit einem anschließenden Konzert und das multikulturelle "Fest der Hoffnung". Der Initiativkreis leistet auch Einzelfallhilfe für Asylbewerber.

Oder-Spree

- **Aktivitäten von EKO-Stahl GmbH in Eisenhüttenstadt**

Seit dem Jahr 1998 engagiert sich die EKO Stahl GmbH aktiv gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Geschäftsführung, Betriebsrat und Belegschaft arbeiten eng zusammen.

Beispielhaft lassen sich folgende Aktivitäten aufzählen:

Beteiligung bei der Gründung einer "Plattform gegen Rechts" in Eisenhüttenstadt, Aufruf der EKO-Geschäftsführung gegen Rechtsextremismus und Gewalt, Veranstaltungen im Rahmen eines Jugendtages, Unternehmerabend zum Thema "Auswirkungen von Fremdenhass und Rechtsextremismus auf die Wirtschaft", Kul-

turfest der EKO und der IG Metall Eisenhüttenstadt unter dem Motto "Fest(e) gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt", Beteiligung an der Gemeinschaftsaktion "Eisenhüttenstadt – kein Platz für Rassismus".

- Bürgerforum Toleranz und Weltoffenheit Erkner

Das Bürgerforum gründete sich im Februar 2001 als Reaktion auf fremdenfeindliche Vorkommnisse. Zuvor hatten die Stadtverwaltung und die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung auf ihren Sitzungen die Themen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und mögliche Gegenstrategien diskutiert.

Das Bürgerforum ist eine relativ kleine Gruppe, die sich Kenntnisse und Kompetenzen über Tendenzen und Erscheinungen des Rechtsextremismus und über den Umgang mit Gewalt und Konflikten sowie die Ursachen von Rassismus aneignen will. Es wirkt mit seinen Aktionen in die Stadtverordnetenversammlung hinein und will Impulse für politisches Handeln geben.

In diesem Jahr fanden mehrere Veranstaltungen statt, auf denen mit der Bevölkerung Erkners verschiedene Themen diskutiert wurden. Ausgehend von der Erkenntnis, dass Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz kein jugendtypisches Problem ist, wurde konstatiert, dass Unwissenheit und Existenzangst in der erwachsenen Bevölkerung den Nährboden für latente rechte Einstellungen bieten. Veranstaltungen für Eltern in den Schulen und auch für die Mitarbeiter in den Ämtern und Behörden werden geplant.

Ostprignitz-Ruppin

- Arbeitskreis "Couragiert gegen Rechts in Wittstock"

Initiator des Arbeitskreises gegen Jugendgewalt war die örtliche Polizei, die durch erhöhte Fallzahlen auf das Problem aufmerksam wurde. Mitwirkende sind Vertreter des Jugendklubs der Stadt, des Staatlichen Schulamtes des Kreises, des Beratungssystems Schule, des Mobilen Beratungsteams und der Industrie- und Handelskammer des Landkreises. Der Bürgermeister hat die Schirmherrschaft für eine Veranstaltung dieser Initiative übernommen und dort öffentlich das Problem Rechtsextremismus thematisiert. Die Initiative plant weitere öffentliche Veranstaltungen und Workshops mit Jugendlichen und Erwachsenen. Dafür wurde ein Träger aus der Jugendarbeit interessiert. Bei aktuellen Anlässen und Vorkommnissen in der Stadt, die als Schwerpunktregion bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus gilt, werden Sondersitzungen des Arbeitskreises einberufen. Die Stadt plant die Einstellung eines Stadtjugendpflegers.

Spree-Neiße

- "Piraten e.V." Spremberg

Der "Piraten e.V." aus Spremberg hat sich aus einer Jugendclique entwickelt, die im Jahr 1999 Opfer eines rechtsextremen Überfalls auf dem Stadtfest wurde. Die Jugendlichen wollten sich über ihren eigenen antifaschistischen Ansatz hinaus stärker in die kommunale Arbeit einbringen. Sie sind heute akzeptierter Teil der städtischen

Kultur. Sie wirken auf unterschiedlichen Ebenen des kommunalpolitischen Lebens mit. Ihre Aktionen und Projekte stoßen in der Regel auf breite Zustimmung und viel Unterstützung. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt jetzt auf der politische Bildung.

- Das Dibbuk-Ensemble Guben

Ausgehend von der Aufführung eines alten jüdischen Theaterstücks fand sich ein Ensemble von Schülern aus Guben und aus dem polnischen Gubin zusammen, das über das Theaterprojekt hinaus mit Aufrufen an die Bürgerinnen und Bürger Gubens Zivilcourage gezeigt und die Bildung eines Gubener Aktionsbündnisses gegen Gewalt initiiert hat.

Das Stück "Dibbuk" wurde im Jahr 1999 für eine Aufführung ausgewählt, um in Guben die Erinnerung an die früheren jüdischen Mitbewohner Gubens wachzurufen und zur Beschäftigung mit jüdischer Geschichte anzuregen. Auf diese Weise wollte das Ensemble seinen Beitrag gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Guben leisten. Dieses Projekt wurde vom Bürgermeister Gubens unterstützt.

Die mit jugendlichen Laiendarstellern aus allen sozialen Schichten und Schauspielern gemeinsam erarbeitete Aufführung wurde von zahlreichen anderen Projekten begleitet:

- Forschungen von Schülern zur jüdischen Geschichte des Textilstandorts Guben,
- eine Ausstellung über jüdische Mitbürger von einst und
- Aufführungen von Dokumentarfilmen zur jüdischen Geschichte.

Die Mitwirkenden haben über ihre Arbeit am Stück hinaus als Gruppe zu lokalen rechtsextremistischen Vorfällen öffentlich Stellung genommen. Mit drei offenen Briefen wandten sie sich an die Gubener Bevölkerung und riefen dazu auf, gemeinsam etwas gegen die rechtsextremistische Bedrohung in Guben zu tun und ein Aktionsbündnis gegen Gewalt zu gründen. Das Ensemble beteiligt sich an dem Schutz für den Gedenkstein, der an Omar ben Noui erinnert.

- "Open G.A.T.E." Guben

In der Jugendgruppe "Open G.A.T.E." Guben sind deutsche und polnische Jugendliche tätig. Die Gruppe wird von der Kommunalpolitik Gubens akzeptiert und ist ein gefragter Gesprächspartner. Diese Gruppe hat einen großen Anteil an der Initiative für einen Gedenkstein für Omar Ben Noui und an dessen Pflege.

- Judoclub Kyoko Jänschwalde

Bei den ersten Anzeichen rechtsextremer Aktivitäten im Dorf hat ein Mitarbeiter des Judoklubs die Initiative ergriffen und eine Reihe von Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Dabei bezog er aus eigener Initiative den gesamten Ort ein: Grundschule, Verwaltung, Wohnungsbaugesellschaft und freie Träger. Diese Initiative trug dazu bei, dass Erscheinungen von Rechtsextremismus wahrgenommen wurden und im Ort eine offene Debatte dazu einsetzte.

- VEAG Peitz

Bedeutend für die Region ist eine Aktion der VEAG, die im Bereich Ausbildung angelaufen ist. Hierbei werden Lehrausbilder geschult; Ziel ist hierbei nicht nur, Rechtsextremismus wahrzunehmen und sachkundig dagegen zu argumentieren, sondern auch über die Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie zu einem erhöhten Maß an Weltoffenheit zu kommen. Auch der Betriebsrat und die IG Bergbau, Chemie und Energie und die Jugendarbeitnehmervvertretung sind in die Arbeit mit den Lehrlingen direkt einbezogen.

Teltow-Fläming

- Arbeitsgemeinschaft "Tolerantes Mahlow"

Im Herbst 2000 haben Bürger von Mahlow die "Arbeitsgemeinschaft Tolerantes Mahlow" ins Leben gerufen. Nach dem Motto "Hinsehen statt wegsehen" setzte sich die Arbeitsgemeinschaft für mehr Toleranz im täglichen Leben ein. In dieser Bürgerinitiative fanden sich Menschen verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen Berufen zusammen, um der Diskriminierung von Minderheiten entgegenzutreten. Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich als Kontaktstelle für alle Mitbürger, die sich vor allem gegen Fremdenfeindlichkeit positionieren möchten, und arbeitet parteiunabhängig.

Die Arbeit findet in verschiedenen Arbeitsgruppen statt – es gibt die Themengruppen Jugendarbeit, Gegen Gewalt, Film & CO., einen Sprecherrat und die Öffentlichkeitsarbeit. Hauptschwerpunkt der Arbeit des "Toleranten Mahlow" war im ersten Halbjahr 2001 die Vorbereitung des Besuches von Noel Martin. Am 16. Juni 1996 wurde der britische Bauarbeiter bei einem Angriff von zwei rechtsgerichteten Jugendlichen in Mahlow lebensgefährlich verletzt. Er lag wochenlang im Koma, ist seitdem querschnittsgelähmt und an den Rollstuhl gefesselt. Trotz seiner Schwerstbehinderung hatte er im Sommer 2000 den Wunsch geäußert, im Juni zum fünften Jahrestag des Anschlags noch einmal nach Mahlow kommen zu wollen. Im Dezember 2000 wurde Noël Martin von der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und der Gemeinde Mahlow eingeladen. Zur großen Demonstration am 16. Juni 2001, dem Höhepunkt des Besuches, wurde von der "Initiative Noël Martin – für die Achtung der Menschenwürde" aufgerufen. Die Demonstration und die vielen Gespräche mit Noel Martin haben den Zusammenhalt in der Arbeitsgemeinschaft, aber auch das Problembewusstsein in Mahlow und Umgebung gestärkt.

Brandenburg

- Bündnis gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Dem Bündnis, das im Jahr 1997 gegründet wurde, gehören zurzeit 10 Personen an. Anlass zur Gründung waren Nachrichten über Gewalttaten gegen ausländische Bürger und die Sorge, dass Diffamierungen und rassistische Übergriffe von zu vielen Bürgern hingenommen werden.

Das Bündnis hat sich die Aufgabe gestellt, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, dass die Achtung der Menschenrechte, Offenheit und Toleranz Verhaltensweisen sind, die das Zusammenleben in einer demokratischen Gemeinschaft prägen.

Die kleine, sehr aktive Gruppe von Bürgern, zu der u.a. ein Schuldirektor, die Ausländerbeauftragte und ein Pfarrer gehören, bietet z.B. an der Fachhochschule Referate und Seminare mit Fachwissenschaftlern zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an, schafft Begegnungsmöglichkeiten bzw. Partnerschaften für Deutsche und Ausländer und meldet sich in den lokalen Medien mit Stellungnahmen zu Wort. Auch das Projekt "Brücken bauen" in den Schulen der Stadt wurde vom Bündnis initiiert. Anlässlich des Brandenburger Tages 1998 hat das Bündnis ein Flugblatt mit fundamentalen Thesen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus veröffentlicht.

3.3 Zusammenfassung

Auch für die Bildung von lokalen Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gilt, dass hauptsächlich gewaltsame Übergriffe der Anlass für Bürger waren, sich dagegen zu wehren. Das betrifft den afrikanischen Kulturverein in Eberswalde, der sich im Jahr 1994 nach dem Überfall auf Antonio Amadeo gründete, das Finsterwalder Aktionsbündnis, in dem sich ca. 200 Jugendliche nach einem Überfall rechtsextremistischer Schläger auf eine Wohngemeinschaft zusammenschlossen, den Strausberger Arbeitskreis, der gegen die demonstrative Präsenz rechtsextremistischer Jugendlicher auf dem S-Bahnhof Strausberg-Vorstadt Erfolge erzielte, die Arbeitsgruppe "Für ein freundliches Mühlenbeck", die sich dagegen zur Wehr setzt, dass Mitglieder der Jungen Gemeinde als "Zecken" angegriffen werden, EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt, das in seiner Belegschaft gegen rechtsextremistische Einstellungen vorgeht, das Bürgerforum in Erkner, das auf fremdenfeindliche Vorkommnisse reagiert, die Initiative in Wittstock, die auf Anregung der Polizei wegen gestiegener einschlägiger Fallzahlen gegründet wurde, die Aktivitäten in Guben und das Bündnis in Brandenburg, in dem Einzelpersonen Stellungnahmen in den lokalen Medien veröffentlichen.

Für die Mitglieder gilt wie bei den lokalen Netzwerken eine erstaunlich breite Beteiligung über Generationen, Zuständigkeiten oder Parteigrenzen hinweg. Hervorzuheben ist, dass sich noch vereinzelt, aber deutlich auch die örtliche Wirtschaft in die Initiativen einbringt. Dem Beispiel von EKO sind inzwischen Cargo-Lifter in Brand, Vertreter der Rathenower Wirtschaft und die VEAG in Peitz gefolgt.

Vielfältig sind die Arbeitsaufgaben der lokalen Initiativen. Über das Gestalten von Aktionen, den Austausch von Informationen oder das Angebot von Weiterbildung hinaus gibt es z.B. auch eine Fragebogenaktion zum Thema "Gewaltfreiheit an den Schulen" (Bad Freienwalde), einen Katalog mit Regeln für das Zusammenleben (Mühlenbeck), eine Jugendgruppe, die sich in die Kommunalpolitik einbringt (Spremberg), eine Theatergruppe, die sich mit der lokalen Geschichte beschäftigt und einen Gedenkstein bewacht (Guben) oder eine Gruppe von Einzelpersonen, die sich mit persönlichen Stellungnahmen in den lokalen Medien zur Problematik äußern (Brandenburg).

An diesem letzten Beispiel wird aber auch deutlich, dass die Kräfte der Einzelnen begrenzt sind und deshalb Arbeits- und Strukturformen gefunden werden müssen, die eine andauernde, effektive Arbeit für Zivilcourage ermöglichen, ohne dass Überlastung oder Ermüdung eintritt.

4 Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

4.1 Vorgeschichte

Im August des Jahres 2000 haben der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, der Vorsitzende des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Generalsuperintendent Dr. Rolf Wischnath, der Vorsitzende des Landespräventionsrates "Sicherheitsoffensive Brandenburg", Minister Jörg Schönbohm, der Präsident des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, Oberbürgermeister Waldemar Kleinschmidt und der Vorsitzende des Landkreistages, Landrat Karl-Heinz Schröter, in einem gemeinsamen Schreiben die Bürgermeister und Amtsdirektoren im Land Brandenburg aufgefordert, Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu benennen.

In diesem Aufruf heißt es: "Die rechtsextreme Gewalt konnte in unserem Land trotz vielfältigster Aktivitäten noch nicht im gewünschten Maße zurückgedrängt werden. Rechtsextremismus stellt eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft dar. (...) (Wir) schlagen deshalb mit dem Ziel des Aufbaus eines kommunalen Netzwerks und einer stärkeren Bündelung der Aktivitäten vor Ort vor, in den Städten und Gemeinden Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu ernennen. Die kommunalen Vertretungskörperschaften könnten in ihren Sitzungen im Herbst diesen Jahres auf Vorschlag der jeweiligen Bürgermeister oder Amtsdirektoren einen Koordinator gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ernennen. Er könnte zur Unterstützung des Bürgermeisters oder Amtsdirektors, der Stadtverordnetenversammlung oder Gemeindevertretung Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus organisieren, bei ihm könnten andere Aktivitäten gebündelt werden oder er könnte auf fremdenfeindliche Stimmungen und mögliche Aktivitäten von Rechtsextremen hinweisen. Zum Auftakt der Arbeit der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sollen auf Regionalkonferenzen im Süden und Norden Brandenburgs Handlungsfelder beschrieben und Erfahrungen ausgetauscht werden. Die weitere Unterstützung für die Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt wollen wir mithilfe des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, des Landespräventionsrates "Sicherheitsoffensive Brandenburg", der bestehenden Unterstützungssysteme im Rahmen von "Tolerantem Brandenburg", insbesondere der Mobilien Beratungsteams, der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, der Volkshochschulen und der Landeszentrale für politische Bildung organisieren."

4.2 Benennungen und regionale Verteilung

In der Folge dieses Aufrufs sind gegenüber dem Ministerpräsidenten bisher 150 Koordinatorinnen und Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt benannt worden. Darunter sind 37 Koordinatorinnen oder Koordinatoren, die für das gesamte Amt die Tätigkeit übernehmen und 4 Koordinatorinnen oder Koordinatoren, die von Kreisverwaltungen benannt wurden.

Zu den Ämtern, in denen Koordinatoren oder Koordinatorinnen benannt wurden, gehören insgesamt 380 Gemeinden. Einige Gemeinden, Ämter oder Städte haben nach Kenntnis der Landesregierung Koordinatoren benannt, dies aber bisher nicht förmlich mitgeteilt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass das Netzwerk von Koordinatoren etwa 500 Gemeinden im Land Brandenburg umspannt.

Wenn man die Gemeinden mit in Betracht zieht, die durch die Koordinatoren in ihren Ämtern mit erfasst werden, gibt es bei der regionalen Verteilung der benannten Koordinatoren keine Auffälligkeiten; die Gemeinden, die sich an dem Netzwerk beteiligen, sind vielmehr verhältnismäßig regelmäßig über das ganze Land verteilt. Es lässt sich als Tendenz lediglich feststellen, dass in den größeren, amtsangehörigen Gemeinden im engeren Verflechtungsraum zu Berlin eher die Neigung besteht, in der Gemeinde selbst einen eigenen Koordinator zu benennen, während in den häufig kleineren Gemeinden in der Peripherie des Landes in der Regel die Ämter einen gemeinsamen Koordinator für die amtsangehörigen Gemeinden benennen. Das kann angesichts der deutlich geringeren Einwohnerzahl und der dadurch übersichtlicheren Strukturen sicher als sachgerecht angesehen werden.

4.3 Aufgaben der Koordinatoren

Im Herbst 2000 fand sich eine Arbeitsgruppe zusammen, in der neben der Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg" im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport der Städte- und Gemeindebund Brandenburg, die Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeauftragten, die Landeszentrale für politische Bildung, das Mobile Beratungsteam und die Landesarbeitsgemeinschaft Politisch-Kulturelle Bildung e.V. vertreten waren. In dieser Arbeitsgruppe wurden erste Überlegungen zum Aufgabenprofil der Koordinatoren entwickelt und die ersten beiden Regionalkonferenzen vorbereitet.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden den Bürgermeistern und Amtsdirektoren in einem gemeinsamen Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Frank Szymanski, und des Geschäftsführers des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, Karl-Ludwig Böttcher, übermittelt. In diesem Schreiben heißt es zu den möglichen Aufgaben der Koordinatoren:

"1. Aufgaben

- Aktivierung der gesellschaftlichen Kräfte vor Ort
- Sensibilisierung der kommunalen Öffentlichkeit
- Förderung der Zusammenarbeit der Bürger und lokalen Initiativen mit der Kommunalverwaltung
- Förderung eines partei- und gruppenübergreifenden Denkens
- Bedarfsermittlung in Behörden, Verwaltungen, Betrieben, Bildungseinrichtungen
- Förderung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit
- Initiierung von Aktionen und Veranstaltungen bei fremdenfeindlichen Vorfällen
- positive Anknüpfungs- und Bezugspunkte in der Arbeit vor Ort finden (z.B. Ansätze in Kindergärten, Schule, Initiative, Vereinsarbeit oder bei Einzelnen)
- Nutzung vorhandener Strukturen zur Kooperation (MBT, RAA, Schulberatungssystem).

Dieser Katalog möglicher Ziele und Aufgaben ist nicht als abschließende Aufzählung gemeint, es ist auch nicht daran gedacht, dass jeder Koordinator bzw. jede Koordinatorin alle diese Aufgaben lösen soll, vielmehr sollen die genannten Punkte als Anregung dienen. Die konkreten Möglichkeiten der Umsetzung werden auf den Regionalkonferenzen diskutiert, untersetzt und ergänzt werden.

2. Vernetzung

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist in unserem Bundesland schon seit Anfang der neunziger Jahre ein fester Bestandteil auch der kommunalen Bemühungen um eine weltoffene, tolerante und demokratische Gesellschaft. Es haben sich von den Bürgern, der Kommunalpolitik, der Landesregierung, der Wirtschaft und anderen, wie Kirchen und Gewerkschaften, initiierte, vielseitige Formen der Vernetzung dieser Arbeit herausgebildet. Das im Entstehen begriffene Netzwerk der Koordinatorinnen und Koordinatoren kann und soll ein neuer Baustein in diesem Gebäude sein und muss daher in engem Zusammenhang mit den vorhandenen Strukturen arbeiten. Zu nennen sind hier vor allem die regionalen und örtlichen Initiativen und Plattformen gegen rechte Gewalt, KKV-Kommissionen, die kommunalen Ausländerbeauftragten, das Mobile Beratungsteam und das Beratungssystem Schule.

Weiterhin erscheint es wenig sinnvoll, auf Dauer Vernetzungsstrukturen für die Koordinatorinnen und Koordinatoren zu schaffen, die auf die Landesebene bezogen sind. Der Wirkungskreis der Koordinatorinnen und Koordinatoren liegt im örtlichen und regionalen Bereich. Es ist daher nötig, Strukturen für eine Vernetzung der Arbeit, für die Beratung und Begleitung zu finden, die regional bezogen sind. Wir sehen es als den sinnvollsten Ansatz an, regionale Zusammenhänge zu finden, die auf die örtliche Ebene bezogen sind, wobei nicht notwendig eine beim Landkreis angesiedelte Struktur den Kristallisationspunkt bilden muss. Dies kann unter Umständen ein Koordinator aus einer Gemeinde sein, aber auch das Regionalbüro des Mobilien Beratungsteams."

4.4 Regionalkonferenzen

Die ersten Regionalkonferenzen fanden am 24. Februar 2001 in Cottbus für den Süden des Landes und am 17. März 2001 für den Norden des Landes statt. Veranstalter waren das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und der Städte- und Gemeindebund Brandenburg. Aus Sicht der Landesregierung war es in erster Linie dem hohen Engagement des Städte- und Gemeindebundes zu verdanken, dass die Idee des Netzwerks der Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt mit Leben gefüllt werden konnte. Es ist nach außen deutlich geworden, dass die Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit von den Städten und Gemeinden im Land Brandenburg als ureigene Angelegenheit kommunaler Selbstverwaltung verstanden werden. Erkennbar wurde dies auch in vielen Beiträgen der Koordinatorinnen und Koordinatoren auf den Regionalkonferenzen.

Zu den Konferenzen waren nicht nur die Koordinatorinnen und Koordinatoren eingeladen, Einladungen gingen auch an alle Bürgermeister und Amtsdirektoren, sodass auch aus vielen Gemeinden, die bis dahin keine Koordinatoren benannt hatten, Vertreter anwesend waren.

Diese ersten Regionalkonferenzen sollten in erster Linie dem Kennenlernen, dem Selbstverständnis und der Entwicklung von Vernetzungsstrukturen der Koordinatorinnen und Koordinatoren dienen. Daher wurde der Darstellung der Unterstützungs- und Beratungsstrukturen und einzelner Handlungsansätze von Koordinatoren breiter Raum eingeräumt.

Eine erste wichtige Erkenntnis aus der Diskussion auf den Regionalkonferenzen war die Tatsache, dass sich offensichtlich der Phänomenbereich "Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" nicht von der allgemeinen Kriminalität trennen lässt. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten auffallen, sind in vielen Fällen auch wegen anderer Straftaten polizeibekannt. Insofern nimmt die Zusammenarbeit mit anderen Strukturen, die sich mit der allgemeinen Kriminalitätsprävention beschäftigen, einen wichtigen Platz in der Tätigkeit der Koordinatoren ein.

Eine zweite wichtige Erkenntnis war die Einschätzung der Koordinatoren, dass sie ohne die volle Unterstützung der jeweiligen Gemeindevertretung ehrenamtlich nur wenig ausrichten können. Vom Städte- und Gemeindebund wurde auch darauf hingewiesen, dass es sich um ein kommunales Ehrenamt handelt, für das die entsprechenden Auslagen der Koordinatoren aus den Haushalten der Gemeinden zu erstatten sind. Unterstützung wurde in erster Linie bei der Nutzung von Kommunikationsmitteln und bei der eigenen Fortbildung der Koordinatoren erwartet.

Eine dritte wichtige Erkenntnis war, dass es für die Vernetzung Kristallisationspunkte in den einzelnen Regionen braucht. Auf den Regionalkonferenzen haben sich für eine ganze Reihe der Kreise oder Regionen Koordinatoren gefunden, die diese Aufgabe übernehmen wollen. Zum Teil haben sich auch die Ausländerbeauftragten der Kreise bereit gefunden, diese Aufgabe zu übernehmen, auch wenn nicht alle Landkreise Koordinatoren benannt haben.

Es wurde verabredet, die Regionalkonferenzen im Herbst 2001 mit Folgeveranstaltungen fortzusetzen, die stärker inhaltlich bestimmt sein sollten. Themenschwerpunkte für die Nachfolgekonferenzen werden u.a. Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, Fragen der Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und die Zusammenarbeit mit den örtlichen Gremien der Kriminalitätsprävention sein.

4.5 Beispiele für Projekte, Zusammenarbeit und Vernetzung der Koordinatorinnen und Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Erst die einzelnen Berichte der Koordinatorinnen und Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zeigen die Vielfältigkeit und das weitreichende Spektrum des Selbstverständnisses und der Tätigkeit im Zusammenhang mit dieser Aufgabe. Der oben erwähnte Aufruf zur Benennung von Koordinatoren enthielt bewusst keine Vorgaben zu den Personen und Aufgaben. Es ist zwangsläufig so, dass Koordinatorinnen oder Koordinatoren, die diese Funktion neben ihrer eigentlichen Berufstätigkeit und einem häufig hinzukommenden kommunalpolitischen Ehrenamt wahrnehmen, weniger Ressourcen für die Aufgabe zur Verfügung stellen können als beispielsweise hauptamtliche kommunale Wahlbeamte, die unter den Koordinatoren ebenfalls zahlreich vertreten sind.

Die folgende Darstellung ist – darauf muss in aller Deutlichkeit hingewiesen werden – keine vollständige Aufzählung der Aktivitäten. Vielmehr soll beispielhaft und in Ausschnitten deutlich gemacht werden, welche Aktivitäten möglich sind und was in der kurzen Zeit bereits auf den Weg gebracht wurde. Es ist ebenfalls selbstverständlich, dass die meisten der Koordinatoren nicht beim Punkt Null begonnen haben, sondern auf bereits vorhandene Initiativen und Projekte zurückgreifen konnten.

Als einzige Kommune hat die Stadt **Eberswalde** eine hauptamtlich besetzte Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit eingerichtet. Zu ihren Aufgaben heißt es in der Selbstdarstellung: "Das Hauptanliegen der Koordinierungsstelle ist es, die vorhandenen und geplanten Aktivitäten für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit miteinander zu vernetzen, Maßnahmen und Projekte in Austausch zu bringen sowie neue Kooperationspartner zu gewinnen. (...) Die Koordinierungsstelle ist bestrebt, ein gemeinsames Handeln von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereinen, Initiativgruppen und Bürgerengagement zu erreichen. Sie arbeitet eng mit kommunalen Entscheidungs- und Mandatsträgern, der Verwaltung, der Wirtschaft, dem Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde, dem Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, der Ausländerbeauftragten des Kreises Barnim, den Vereinen und Initiativen sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammen." Eine erste große Veranstaltung war die Regionale Konferenz in Eberswalde "Lokale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus" am 11. Oktober 2001.

Die in der Stadt **Erkner** benannte Koordinatorin benennt in ihrem Bericht zwei Initiativen: die Zusammenarbeit mit dem Aussiedler- und Flüchtlingsheim in Berlin-Köpenick und das Bürgerforum "Toleranz und Weltoffenheit".

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Erkneraner Kinder- und Jugendvereine haben ausgehend von Konfrontationen mit Bewohnern des Aussiedler- und Flüchtlingsheims im Jugendklub in Erkner eine Zusammenarbeit mit dem Heim begonnen, die zu einer Reihe gemeinsamer Projekte und Aktivitäten führte. Diese Aktivitäten haben nach ihrer Einschätzung zu gewachsener Akzeptanz und Verständnis untereinander geführt.

Das Bürgerforum "Toleranz und Weltoffenheit" führte seit Februar 2001 insgesamt 5 Veranstaltungen durch, die vom Mobilien Beratungsteam moderiert wurden. Die Koordinatorin stellt in ihrem Bericht fest: "In der Diskussion konnte herausgearbeitet werden, dass Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz kein jugendtypisches Problem sind. Vielmehr ist Unwissenheit, gepaart mit Existenzangst der erwachsenen Bevölkerung Grundlage für eine latente rechte und fremdenfeindliche Einstellung."

Der in der Stadt **Eisenhüttenstadt** benannte Koordinator gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verweist in seinem Bericht auf die in den Kapiteln "Lokale Netzwerke" (Beispiel "Eisenhüttenstadt – kein Platz für Rassismus") und "Lokale Initiativen" (Beispiel "Aktivitäten von EKO-Stahl in Eisenhüttenstadt") dargestellten Maßnahmen, die er als Beigeordneter der Stadtverwaltung begleitet hat.

Der in der Landeshauptstadt **Potsdam** benannte Koordinator verweist in seinem Bericht auf eine im November 2000 durchgeführte Gemeinschaftsveranstaltung "Potsdam bekennt Farbe – Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander". In der Folge ist es gelungen, ein parteien-, konfessions- und genera-

tionsübergreifendes Aktionsbündnis für ein weltoffenes Potsdam zu schaffen. Die Sicherheitskonferenz der Stadt Potsdam wurde durch den Bürgermeister im Januar 2001 mit der Koordinierung der Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in der Stadt beauftragt. Alle diesbezüglichen Aktivitäten stehen seitdem unter dem Motto "Potsdam bekennt Farbe!" und richten sich vor allem an junge Menschen. Seit März 2001 beteiligt sich Potsdam an der Aktion "GRÜNE KARTE für Zivilcourage". Darüber hinaus unterstützte die Stadtverwaltung die landesweite Aktion "Noteingang" mit der Kennzeichnung von öffentlichen Gebäuden und bietet damit potenziellen Gewaltopfern "Schutz und Informationen bei rassistischen und faschistischen Übergriffen".

Nach einer zweiten Gesprächsrunde "Potsdam bekennt Farbe!" mit Vertretern von Stadtverwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Sportverbänden im April 2001 wurden weitere gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt, z.B. "Jugend und Alt gegen rechte Gewalt" am 30. April 2001 auf dem Alten Markt (Kooperation von DGB und Stadtjugendring) und die Ausstellung "Wider das Vergessen" vom 8.-23. Mai 2001. Im Mittelpunkt der Interkulturellen Woche 2001 in Potsdam stand eine Ausstellung zum Thema "Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos".

Ein neuer Schwerpunkt ist die stärkere Orientierung der Jugendsozialarbeit auf den Präventionsgesichtspunkt angesichts der Straftaten, die von einer Gruppe rechtsorientierter Jugendlicher in der Nähe des Hauptbahnhofs begangen wurden.

In nächster Zeit soll ein "Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenhass" im Sinne eines integrierten und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Handlungskonzepts aufgestellt werden.

Der Koordinator, den die Stadt **Frankfurt (Oder)** benannt hat, verweist in seinem Bericht auf das "Handlungskonzept für ein tolerantes, gewaltfreies und fremdenfreundliches Zusammenleben in Frankfurt (Oder)". Dieses Handlungskonzept wurde bereits im Jahr 1998 mit Unterstützung der Kommission kommunaler Kriminalitätsverhütung von der Stadtverordnetenversammlung initiiert und jährlich fortgeschrieben. Seine Ziele werden folgendermaßen beschrieben: "Das Handlungskonzept

- will einen breiten gesellschaftlichen Konsens in der Stadt über solche Werte wie Toleranz, Gewaltverzicht und ein freundliches Miteinander-Leben fördern,
- soll helfen, die Ursachen von Intoleranz, Gewalt und ihre aktuellen Erscheinungsformen zu verstehen und darzustellen,
- soll im Zusammenwirken mit allen geeigneten und bereitwilligen Institutionen, Vereinen, Organisationen bzw. den in ihnen wirkenden Bürgern wirksame Abwehrmaßnahmen zum Abbau solcher Verhaltensweisen entwickeln, planen und bündeln,
- soll Beispiele toleranten Miteinander-Lebens stärken sowie neue Initiativen anregen und unterstützen.

Begleitet wird das Handlungskonzept durch den Verein "Miteinander leben".

Der von der Stadt **Cottbus** benannte Koordinator berichtet, dass die Vernetzung durch direkte Kontakte zu etwa 40 Basisinitiativen in der Stadt geschieht. Wichtigste Plattform für den Austausch ist das Aktionsbündnis "Cottbuser Aufbruch" (siehe Kapitel Lokale Netzwerke). Daneben gibt es zwei Austauschebenen mit spezifischerer Ausrichtung, die Projektgruppe gegen Rechtsextremismus und den Präventionsrat der Stadt Cottbus.

Als größere Aktivitäten in der Stadt Cottbus wurden die Groß-Demo gegen rechte Gewalt im Januar 2001, Begleitprojekte für Cottbuser Schüler als Reflexion der Ausstellung "Weiße Rose, Studentischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1942/43", das Multikulturelle Festival "Cottbus Open" im Juni 2001, das Festival "Augen auf – Zivilcourage zeigen" im August 2001, der Beschluss zum Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen und die Jugendmesse XXL Life mit dem Präventionsfestival im September 2001 genannt.

Im Landkreis **Potsdam Mittelmark** haben sich die von den Ämtern und Gemeinden berufenen Koordinatoren in regelmäßigen Treffen zusammengefunden, zu denen vom Ausländerbeauftragten des Landkreises eingeladen wurde. Dabei haben sich die Koordinatoren darauf geeinigt, sich am Aufbau eines kommunalen Netzwerks zur Integration zu beteiligen. Die Koordinatoren legen großen Wert auf die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden, auch gegenüber dem Landkreis, erwarten jedoch auch vom Koordinator des Landkreises regelmäßige Informationen zu aktuellen Fragen, die ihr Arbeitsgebiet und Erfahrungsaustausch untereinander betreffen.

Auch im Landkreis **Oder-Spree** wird die Vernetzung der Koordinatoren und einzelner Initiativen durch die Ausländerbeauftragte des Kreises hergestellt, der Erfahrungsaustausch angeregt und werden gemeinsame Veranstaltungen organisiert, durchgeführt bzw. unterstützt. Auf die Arbeit der Koordinatoren in Eisenhüttenstadt und Erkner ist bereits eingegangen worden. In der Stadt **Fürstenwalde** ist im Rahmen der Plattform gegen Rechts eine Reihe von Initiativen aktiv. Andere Aktivitäten werden aber auch aus dem Amt Schlaubetal, dem Amt Grünheide, aus Schöneiche und Reichenwalde genannt.

4.6 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann anhand der genannten Beispiele, die nur einen kleinen Ausschnitt der Aktivitäten abbilden, festgestellt werden, dass die Aktivitäten und die Vernetzung der Koordinatorinnen und Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt an vielen Stellen im Land Brandenburg Raum gegriffen haben. Auffällig ist dabei, dass dies im städtischen Bereich offensichtlich einfacher ist als in den kleineren Gemeinden. Die Ebene des Landkreises hat sich allerdings als eine sinnvolle regionale Größenordnung für den Informations- und Erfahrungsaustausch der Koordinatorinnen und Koordinatoren erwiesen. Es wird eine Aufgabe der kommenden Monate sein, diese Vernetzung weiterhin voranzutreiben und da, wo sie bisher nicht stattfindet, anzuregen und beratend zu begleiten.

5 Ausblick

Die große Zahl von brandenburgischen lokalen Netzwerken und Initiativen gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein ermutigendes Zeichen. Neben der anlassbezogenen Entstehung von Initiativen gibt es eine starke Tendenz zur Bildung von Netzwerken. Damit artikuliert sich in den Kommunen über die Betroffenen hinaus das Bedürfnis, die Bemühungen um die Zivilgesellschaft über den eigenen Rahmen hinaus zusammenzuführen und daraus Stärkung für die eigenen Aktivitäten zu gewinnen.

Ein Ergebnis der lokalen Initiativen und Netzwerke ist, dass in der lokalen Öffentlichkeit eine zivilgesellschaftliche Kraft sichtbar wird und sich äußert.

Die Zahl der Kommunalpolitiker wird größer, die lokale Netzwerke unterstützen oder die sich selbst an die Spitze von Netzwerken stellen. Auch Gewerkschaften, Parteien, die Polizei oder der Sport bringen sich in lokale Aktivitäten ein. Besonders hervorzuheben ist die aktive Rolle der evangelischen Kirche – sie ist die Initiatorin einer beachtlichen Zahl von Initiativen, die sich schon Anfang der neunziger Jahre zusammengefunden haben.

Seit dem Jahr 1998 sind zahlreiche lokale Netzwerke und Initiativen mit Bezug auf das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" entstanden. Sowohl die Ausländerbeauftragten als auch das Mobile Beratungsteam oder seit jüngstem die Koordinatoren gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt treten als eine wichtige Kraft bei der Verstärkung und der Vernetzung der lokalen Aktivitäten auf. Dabei hat sich das Handlungskonzept "Tolerantes Brandenburg" mit seinen einzelnen Bestandteilen als eine wichtige Grundlage für kommunale Aktivitäten gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erwiesen. Es liefert den Kräften vor Ort nicht nur den politischen Hintergrund, sondern hat mit der Einrichtung von Beratungs- und Unterstützungssystemen auch Kapazitäten geschaffen, die von den Kommunen genutzt werden.

Neben den Bemühungen auf Landesebene sind in letzter Zeit außerdem die Programme des Bundes eine Unterstützung der lokalen Initiativen und Netzwerke. Zunehmend bekommen brandenburgische Antragsteller Förderzusagen, aber die Möglichkeit der Bundesförderung sollte zukünftig mehr bekannt gemacht werden.

Die lokalen Netzwerke und Initiativen haben sich anlassbezogen in sehr verschiedenen Strukturen entwickelt und verändern sich, der lokalen Situation und den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Mitglieder entsprechend, ständig weiter. Dabei brauchen die Akteure weiterhin Ansprechpartner, Informationen, Erfahrungsaustausch und Beratung. Dies muss zunehmend ein Schwerpunkt aller kommunalen Verantwortungsträger werden. Die schon bestehenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen müssen auf die sich verändernden Bedingungen eingehen und ihre Angebote weiterentwickeln.

Es muss mehr in den Mittelpunkt der Bemühungen rücken, dass die Mobilisierung der kommunalen Öffentlichkeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur eine Angelegenheit der Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung auf kommunaler oder auf Landesebene oder der lokalen Initiativen und Netzwerke ist. Um die Wirksamkeit der Bemühungen für Toleranz und Demokratie zu erhöhen, braucht es auch das Wort von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, um den Prozess der Meinungsbildung zu unterstützen.